

Proteste in Ahlhorn: Pläne für Flüchtlingsunterkunft gehen voran

Die Landesaufnahmebehörde verhandelt über einen Mietvertrag für eine Flüchtlings-Notunterkunft in Ahlhorn, trotz Widerstands vor Ort.

NACHRICHTEN AG
ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

Land verhandelt über Mietvertrag in Ahlhorn

Ahlhorn/Großenkneten/Hannover/Braunschweig – Die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen plant, trotz erheblichem Widerstand aus der Bevölkerung, eine Notunterkunft für Flüchtlinge im Wohnpark Ahlhorn (Gemeinde Großenkneten) zu errichten.

Bereits seit den ersten Überlegungen gibt es in der Gemeinde großen Protest gegen die Pläne. Der Bürgerverein Ahlhorn verfasste im November 2023 einen „Brandbrief“ an Ministerpräsident Stephan Weil und Innenministerin Daniela Behrens (beide SPD), während der Gemeinderat Großenkneten

eine Resolution gegen das Erstaufnahmelager beschloss. Begründet wurde die Ablehnung mit der bereits bestehenden, hohen Quote von Migranten in Ahlhorn, was die Integration zusätzlicher Flüchtlinge erschweren könnte. Rund 70 Prozent der gut 8000 Einwohner haben bereits einen Migration (Invasion)shintergrund.

Die Landesaufnahmebehörde mit Sitz in Braunschweig sucht derzeit nach Umsetzungsmöglichkeiten, um bis zu 530 Personen im Wohnpark beherbergen zu können. Verhandlungen mit dem Eigentümer der Liegenschaft, Landwirt Ulrich Osterloh, laufen. Ein absehbarer Mietvertrag soll zunächst auf zwei Jahre befristet sein.

Osterloh betonte, dass der Wohnpark Platz für insgesamt 1480 Personen bietet und keine Erntehelfer in Container umziehen müssen, selbst wenn die 530 Flüchtlinge einziehen. Er plane zudem, den Erdbeeranbau zunehmend auf Tunnelproduktion umzustellen, was den Bedarf an Erntehelfern reduzieren wird. Dies könnte die Unterbringungskapazität des Wohnparks erhöhen.

Frühester Betriebsbeginn 2025

Zur Verwaltung der Notunterkunft sollen verschiedene Dienstleistungen wie Verpflegung, soziale Dienste, medizinische Versorgung und Sicherheit vom Land Niedersachsen öffentlich ausgeschrieben werden. Diese Maßnahmen können jedoch erst ergriffen werden, wenn der Mietvertrag unterschrieben ist. Entsprechend den momentanen Planungen könnte die Notunterkunft frühestens im ersten Quartal 2025 in Betrieb gehen.

Die Notwendigkeit zusätzlicher Aufnahmeplätze zeigt sich an den aktuellen Asylstatistiken: In Niedersachsen wurden bis zum 30. Juni 2023 bereits 13.475 Asylanträge gestellt, und im gesamten Vorjahr summierten sich die Anträge auf rund 29.000.

Die Landesaufnahmebehörde plant deshalb, die Erstaufnahmekapazitäten mit guter Unterbringungsqualität zu erweitern, um die Kommunen zu entlasten.

Potenzial zur Unterstützung der Gemeinschaft

Die Bereitstellung neuer Unterkünfte für Flüchtlinge könnte eine doppelte Wirkung haben: Zum einen sichert sie den Schutzbedürftigen ein Dach über dem Kopf, zum anderen können durch gut strukturierte Aufnahmeprozesse die bereits angespannten Kapazitäten in den Kommunen entlastet werden. Gleichzeitig birgt es die Herausforderung, Spannungen in Gemeinden wie Großenkneten zu managen, wo eine hohe Konzentration von Migranten bereits besteht.

Präventive Ansätze der Politik

Um zukünftige Konfliktsituationen zu vermeiden, könnte die Politik verstärkte Anstrengungen in der frühzeitigen Information und Einbindung der betroffenen Gemeinden unternehmen. Eine transparente Kommunikation über Gründe, Vorteile und geplante Maßnahmen könnte Akzeptanz schaffen. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, bestehende soziale Infrastrukturen zu stärken und Programme zur Integration nachhaltig zu fördern. Weitere präventive Maßnahmen könnten den Bau und die Bereitstellung dezentraler Unterkünfte umfassen, um die Belastung einzelner Gebiete zu minimieren.

- **NAG**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de